



## Grüne gingen in Klausur



### Kreistags-Fraktion zieht Bilanz und rüstet sich für die 2. Halbzeit

#### Themen:

#### A. Allgemeine Einschätzung

#### B. Themenschwerpunkte:

- 1.) **Gesundheit und Soziales (Albers)**
- 2.) **Umwelt und Verkehr (Altmann, Saathoff)**
- 3.) **Haushalt und Personalpolitik (Saathoff)**

#### Bilanz und Ausblick

Ende Januar traf sich die Fraktion der Grünen im Kreistag zu einer Klausurtagung in der Beningaburg, Dornum, um die erste Hälfte der Wahlperiode 2011-2016 zu besprechen. Turnusmäßig stand der Fraktionsvorstand zur Wahl. Angelika Albers wurde bestätigt, Gila Altmann neu gewählt. Sie werden die kollegial geführte Fraktionsspitze bilden. Jürgen Rahmel (Norderney) hatte aus beruflichen Gründen nicht erneut kandidiert.

Insgesamt zogen die Grünen eine positive Bilanz ihrer bisherigen inhaltlichen Arbeit. Sie verkennen dabei nicht, dass es in der Opposition schwer ist, gegen die Mehrheitsfraktion aus SPD und FW mit konstruktiven Anträgen durchzudringen. Dass sie es dennoch versucht haben, zeigen 57 Anträge und 20 Anfragen zu den unterschiedlichsten Themenfeldern. Sie kritisieren die zunehmende Verlagerung von politischen Grundsatzentscheidungen vom Kreistag und ihren Ausschüssen in nicht öffentliche Aufsichts- und Beiräte, was einer schleichenden Entdemokratisierung gleichkommt.

Begleitet wird das mit einer wachsenden Intransparenz der öffentlichen Finanzen zu immer mehr Schattenhaushalten.

In der 2. Hälfte wollen sie die inhaltliche Arbeit weiter konsequent fortführen, was bei Verwaltung und Mehrheitsfraktion nicht immer auf Verständnis stößt aber in der Natur der Sache liegt.

#### 1.) **Gesundheit und Soziales:**

##### 1.1 **UEK sanieren:**

- Die grüne Fraktion hat als erste verlangt, dass das ein Sanierungskonzept erstellt und die Defizite vom Kreis übernommen werden müssen.

- Für die neue Variante eines Großklinikums in Georgsheil fordern die Grünen ein transparentes Verfahren und Beteiligung des Kreistages statt Geheimbündelei im Aufsichtsrat der UEK. Die Grünen haben gemeinsam mit Kreisverband und Ortsverbänden ein Positionspapier erarbeitet mit dem Ziel, die stationäre Gesundheitsversorgung in kommunaler Trägerschaft langfristig sicherzustellen. Die Notfallversorgung und die ambulanten Strukturen an den bisherigen Standorten müssen erhalten und ausgebaut werden.
- Die Umsetzung des sog. Bredehorst-Konzeptes darf nicht vernachlässigt werden, denn nach wie vor produziert die UEK enorme Defizite. Die Stärkung beider Standorte der UEK ist eine Voraussetzung für eine Beseitigung der finanziellen Schieflage der Klinik.

### 1.2. Gesundheitsregion Ostfriesland fördern

- Schon Anfang 2012 hat die Fraktion im Sozialausschuss den Antrag gestellt eine regionale Gesundheitskonferenz einzurichten. Dieser Antrag gewinnt Aktualität durch die Beschlusslage der rot-grünen Landesregierung eben solche Gesundheitsregionen finanziell zu fördern.
- Die Grünen wollen erreichen, dass die **Pflegekonferenz** als Teil der Gesundheitsregion zu einem externen fachlichen Qualitätszirkel weiterentwickelt und zu einer echten Verbesserung für alle Akteure in der Pflege führt.

### 1.3. Asyl und Migration

#### - **Runder Tisch Migration**

Rund um die Vorkommnisse in Loquard bei der **Aufnahme von AsylbewerberInnen** hat die Fraktion beim Landkreis beantragt, ein Konzept mit konkreten Vorgaben zu erstellen und den Runden Tisch Migration mindestens 4 mal pro Jahr einzuberufen (s. auch Forderung des Niedersächsische Flüchtlingsrats). Da die rot-grüne Landesregierung die Einrichtung von Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe zu fördern beabsichtigt, werden wir diese umgehend beantragen.

#### - **Sprachlernförderung**

Die Fraktion unterstützt die Anregung der Asylkreise nach sehr frühzeitiger Sprachförderung. Ziel ist, dass AsylbewerberInnen die Integration durch Sprachkompetenz erleichtert wird.

Im Gespräch mit Verwaltung und Schulleitung hat die Grüne Fraktion erreicht, dass eine Sprachlernklasse an einer Schule des Landkreises eingerichtet wird.

### 1.4. Landkreis-Card

Ziel der Fraktion ist die Zusammenführung der Sozialpässe in einer **Landkreis-Card**, wie in einem Antrag vom August 2013 bis zum Ende der Wahlperiode. Sie wirbt dafür, dass die Kommunen sich bereit erklären, die Einführung der Landkreis-Card zu unterstützen.

## 1.5 Gleichstellung

Unsere Forderung vor der Wahl, wieder einen eigenständigen „Gleichstellungsausschuss“ einzurichten, verfolgen wir weiter, denn wir sind der Meinung, dass die Ansiedlung des Themas im Personalausschuss sowie im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zu wenig Gewicht erhält.

## 2. Umwelt und Verkehr:

### 2.1. Ablehnung der B210n/Y-Trasse

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Auricher Kreistag ist **gegen** den Bau der B210n und ebenfalls gegen den Ausbau der Y-Tangente von Ihlow nach Südbrookmerland, inkl. der Aufstufung zur Kreisstraße.

Die Verhandlungen mit der SPD über die Weiterführung der Zusammenarbeit 2011 scheiterten an der grünen Forderung die im Investitionskostenplan eingestellten Gelder aus dem Kreishaushalt weiter nach hinten, d.h. nach dem Jahr 2016, zu verschieben.

Die bisherige Praxis ist nichts anderes als eine parteipolitische Willenserklärung, da die Planungen noch nicht abgeschlossen sind.

Die Grünen treten ein **für** eine strukturierte Verkehrsplanung des ostfriesischen Raumes und Optimierung vorhandener Verkehrswege (B72, B210, innerstädtischer Bereich) unter Berücksichtigung des Natur- und Umweltschutzes, der Landwirtschaft und des nachhaltigen Tourismus.

Eine Neutrassierung ist grundsätzlich mit höheren Risiken verbunden, als die Verbreiterung und der Umbau einer vorhandenen Trasse (UVS Fa. AG Tewes 3/2002).

Die Fraktion unterstützt die Einrichtung eines Klagefonds, wie sie die Bürgerinitiative Bilanz auf den Weg gebracht hat.

### 2.2. Natur und Umweltschutz im LK Aurich

#### 2.2.1. Regionales Raumordnungsprogramm

Die Bündnisgrünen begrüßen in erster Linie die Tatsache, dass der Landkreis Aurich einen Entwurf für ein RROP erarbeitet hat, und hoffen, dass es im Jahr 2014 verabschiedet wird.

Allerdings kommt der Aspekt zum Schutz von Natur- und Landschaft zu kurz. Unternehmerische Interessen stehen im Vordergrund.

Die Grüne Fraktion wird zu den hiesigen Umweltverbänden Kontakt aufnehmen und zur Zusammenarbeit einladen, um Konfliktfelder zu benennen, nach Lösungsansätzen zu suchen und die Zeit der Auslegung nutzend, entsprechende Änderungsanträge einzubringen.

Erste Punkte, die aus grüner Sicht der Nachbesserung bedürfen:

- **Biotopvernetzung**

Für die ökologisch bedeutsame Vernetzung von Naturschutzgebieten fehlt im Landkreis Aurich ein Konzept wie es in anderen niedersächsischen Landkreisen vorhanden ist. Hier kann auch ohne Vorgaben aus dem LROP ein Vorschlag erarbeitet werden.

- **Ausweisung von Kompensationsflächen**

Ungefähr 90 Hektar neue Gewerbegebiete sind vorgesehen, darunter auch ein interkommunales. Hierfür müssen auch die entsprechenden Kompensationsflächen ausgewiesen werden.

- **Wallheckenschutz**

Wallhecken sind wertvolle Bestandteile der ostfriesischen Kultur und Naturlandschaft und sind bereits seit 1935 wegen der kulturhistorischen und ökologischen Bedeutung unter Schutz gestellt (Verordnung zur Erhaltung der Wallhecken vom 29.11.1935). 1981 wurde diese Verordnung durch § 33 des Niedersächsischen Naturschutzgesetz (NNatG) abgelöst. Die Hecken genießen zwar einen hohen Schutzstatus doch trotzdem gehen bis heute wertvolle Wallhecken zum Beispiel durch die großräumige Ausweisung und Planierung für Gewerbeflächen verloren. Entscheidungen dafür fallen größtenteils auf Verwaltungsebene, so dass die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen gestellt wird wie in Schirum.

Im Hinblick auf die naturschutzfachlich und landeskulturell bedeutsamen Wallhecken sollten noch strengere Schutzvorgaben eingebaut werden.

Über das bestehende Wallheckenkataster hinaus ist daher aktiverer Schutz und ein Monitoring nötig. Zum Schutz der Wallhecken muss mehr Information, Transparenz und Mitbestimmung über die einmaligen Wallhecken selbst und deren Zerstörung in die Bevölkerung hineingetragen werden.

Ein besonderes Augenmerk muss auf die Themenfelder Wallhecken, Kompensation und die Teilnahme an grenzüberschreitenden Verfahren gelegt werden.

Die Grünen wollen mehr und regelmäßig Aufklärung darüber, wie die vorhandenen Kompensations- bzw. Ersatzgelder in reale Naturschutzprojekte umgewandelt werden, über den Stand und die Qualität der Projekte, die bereits umgesetzt wurden und zukünftig umgesetzt werden.

- **Y-Trasse**

Die Aufnahme der sogenannten Y-Trasse der B210n in das RROP wird abgelehnt.

- **Transparenz und Informationstransfer durch den Landkreis**

Andere Landkreise bzw. Kommunen machen es vor: eine bürgerfreundliche informative Website mit verständlichen Texten und aussagekräftigem Kartenmaterial.

Wir werden dahingehend einen Antrag zur Überarbeitung und laufenden Aktualisierung stellen

**2.2.2. Stärkung der unteren Naturschutzbehörde**

Die Aufgaben sind gewachsen, die Personalstärke geschrumpft. Die Verwaltungsspitze vermittelt den Eindruck, dass Naturschutz im Landkreis an Stellenwert verliert und den unternehmerischen Interessen untergeordnet wird. Zu den Haushaltsberatungen wird die Fraktion einen entsprechenden Antrag stellen.

**2.2.3. Kohlekraftwerk : lieber nie als gar nicht**

Die Grüne Fraktion hat in zwei Anträgen die Zuständigkeit des Landkreises bei dem Beteiligungsverfahren zu dem KKW in Hinsicht auf das EU Vogelschutzgebiet VO4 Krummhörn nachgewiesen. Hier gibt es eine gemeinsame Zuständigkeit mit der Stadt Emden. Der Kreistag hat diese von sich gewiesen und die Auslegungsfristen tatenlos verstreichen lassen. Der Landkreis hat seine Fürsorgepflicht gegenüber den BürgerInnen ignoriert und lässt die Kommunen im Regen stehen; mit katastrophalen Folgen für Naturschutz, Fischerei und Tourismus.

Nach der - wenn auch verspäteten- Eingabe der Nationalparkverwaltung, dass eine FFH- Verträglichkeitsprüfung notwendig sei, besteht die letzte Möglichkeit, dass der Landkreis in den nächsten sechs Wochen durch die untere Naturschutzbehörde seine Einwände geltend macht.

Die Grünen werden den Landkreis erneut auffordern, entsprechend gegenüber dem Land Niedersachsen initiativ zu werden.

**3. Haushalt und Personal**

**3.1. Strukturfonds ohne Struktur**

Die Fraktion kann die Kommunen verstehen, mehr Mittel im Sinne eines Strukturausgleichs bekommen zu wollen, lehnt aber den freiwilligen Strukturfonds in seiner jetzigen Form als Instrument zur Unterstützung ab.

- Die Kommunen sollen erst ihre rechtlichen Ansprüche im Bereich des Schullastenausgleichs und Kindertagesstätten geltend machen. Neuverhandlungen mit Mittelaufstockung sind möglich.
- Freiwillige Leistungen sind beliebig und vertraglich nicht einforderbar. Es gibt keine mittel- und langfristige Planungssicherheit für die Kommunen, da sich die finanzielle Situation auf der Einnahmeseite sehr schnell wieder ändern kann.

- Die finanzielle Situation des Landkreises erfordert eine beschleunigte Schuldentilgung.

### **3.2. Stellenplan: alles für die Häuptling, nix für die Indianer**

Der Stellenplan des Landkreises der vorsieht, alle AmtsleiterInnen-Stellen von A 13 nach A 14 zu befördern, wird von den Grünen aus folgenden Gründen abgelehnt:

- Die Beförderungen erfolgen nicht aufgrund von tariflichen oder besoldungsrechtlichen Vorgaben sondern aufgrund eines Gutachtens, eines der Kommune sehr nahestehenden Institutes. Danach orientiert man sich an Einwohnerzahlen. Bei Einwohnerzahlen von 175.000 bis 250.000 wird es für verantwortbar erachtet, die Amtsleitungsebene nach A 14 zu besolden. Der Landkreis Aurich liegt mit 186.600 Einwohner noch knapp über dem Limit. Das kann in ein paar Jahren, wenn der demografische Wandel durchschlägt, ganz anders aussehen. Leider gilt dann ‚einmal A14 – immer A14‘ inkl. der Pensionsansprüche
- Ob und wie die VertreterInnen der Amtsleitungen partizipieren sollen, ist noch offen. Wer aber unweigerlich das Nachsehen hat, sind alle Beschäftigten unterhalb der Amtsleiterebene. Die Häuptlinge bedienen sich, die Indianer gucken durch die Röhre.
- Der Landkreis Aurich trägt dieses auf dem Rücken der Städte und Gemeinden aus, die über die Kreisumlage dieses Vorhaben mit finanzieren. Wenn Einwohnerzahlen ein Bewertungskriterium sind, trifft dieser Anspruch auch auf die Amtsleitungen der Gemeinden mit entsprechenden Einwohnerzahlen zu, die eine ganz Bandbreite an Aufgaben zu erfüllen haben. Wenn diese Einheitsbeförderung erst losgetreten wird, hat das unabsehbare Folgewirkungen für die kommunalen Haushalte.

Kein anderer Landkreis in Weser-Ems hat eine Amtsleiterebene die durchgängig A 14 erhält. Je nach Wertigkeit, Außenwirksamkeit und Mitarbeiterzahl gibt es andernorts durchaus auch A 14-Positionen, aber nicht per se.

### **3.3. Keine Ausgliederung von originären Aufgaben des Landkreises**

Durch genehmigte Nebentätigkeiten in Arbeitsfeldern, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Ausübung der originären Tätigkeit stehen, gehen dem Landkreis jährlich nennenswerte Einnahmen verloren.